

# BastA!

Basels starke Alternative

FRAUEN\*STREIK 14. JUNI

## Frauen\*streik 2.0



Am 14. Juni 2019 werden Frauen und queere Menschen in der ganzen Schweiz die Arbeit niederlegen. Bist du dabei?

**Am 14. Juni 1991 streikten eine halbe Million Frauen in der Schweiz. 10 Jahre nach der Einführung des Gleichstellungssartikels in der Bundesverfassung und ohne sichtbare Ergebnisse, hatten sie allen Grund dazu. Und auch heute sind die Gründe nicht weniger geworden.**

### Formale Gleichheit reicht nicht

Die Verankerung der Gleichstellung in der Bundesverfassung und das Gleichstellungsgesetz waren wichtige Errungenschaften. Doch die bürgerliche Gleichheit vor dem Gesetz schafft noch lange keine gleichen Chancen auf Teilhabe an der Gesellschaft. Formale Gleichheit reicht nicht, wenn die Bedingungen, unter denen gelebt und gearbeitet wird, ungleich sind. Wenn das Berufsleben ein Sprint wäre, so wäre es für die Frauen\* ein Hürdenlauf, in dem sie Haushalt, Kinder und die Pflege der Eltern zusätzlich bewältigen müssen.

Nach einer Schwangerschaft verliert etwa jede 10. Frau\* in der Schweiz ihren Job. Die Dunkelziffer liegt deutlich höher. Leistungsgleichheit im Berufsleben besteht

nur, wenn die Sorgearbeit abgegeben werden kann – zum Beispiel an prekär bezahlte Tagesmütter oder Care-Migrantinnen, die in der 24h Betreuung arbeiten. Diese Möglichkeiten sind für viele Frauen\*, die Beruf und Familie vereinbaren wollen, eine Hilfe. Sie sind aber keine Lösung der gesellschaftlichen Sorgekrise, sondern verschieben nur das Problem. Die prekäre Lage der Schweizer\*innen wird damit zur Lebensrealität von Migrant\*innen. Rund 108 Milliarden Franken gehen den Frauen\* jährlich verloren, weil sie einen Grossteil der gesellschaftlich notwendigen Arbeit gratis erledigen. Während wir also vor allem die Lohnungleichheit beklagen, gibt der Gender Overall Earnings Gap Auskunft über das echte Problem: Frauen\* verfügen über 45% weniger Einkommen als Männer, bei gleicher Menge Arbeit. Dieses Geld fehlt schliesslich in unseren Portemonnaies und unseren Sozialversicherungen.

### Fachkräfte und Krisenopfer

Die Erwerbsquote der Frauen\* war wohl noch nie so hoch wie im Neoliberalismus.

Mutationen an:  
Postfach 225  
4005 Basel

AZB  
4005 Basel



Seite 4

Klimagerechtigkeit braucht einen radikalen Wandel



Seite 7

Steuerdumping zum Dritten - ein leicht polemischer Beitrag



Seite 11

Sibel Arslan: Im Frauen\*streik die Verhältnisse zum tanzen bringen.

Sonntag, 05. Mai 11:00 Uhr

**Filmvorführung "Kopf oder Zahl" im kult.kino atelier (mehr auf S. 12)**

Sonntag, 05. Mai 14:00 Uhr

**Marx für Einsteiger\*innen, BastA!- Sekretariat**

Montag, 13. Mai

**Koordination**

Samstag, 18. Mai 13:00 Uhr, Barfüsserplatz

**March against Bayer & Syngenta.**

Sonntag 19. Mai

**Abstimmung (Parolen S. 6)**

Montag, 27. Mai

**Koordination**

Dienstag, 11. Juni

**Koordination**

Freitag, 14. Juni

**Frauen\*streiktag**

Samstag, 22. Juni

**Trinken mit Linken (mehr auf S.12)**

Montag, 24. Juni

**Koordination**

**MITGLIED WERDEN**

Als Mitglied erhältst du unseren Newsletter und 4 Mal im Jahr das BastA!-Bulletin gratis nach Hause geschickt. Zudem hast du das Recht, an den Mitgliederversammlungen teilzunehmen und bei allen Entscheidungen, wie z.B. Parolenfassungen, deine Meinung einzubringen und mitzubestimmen. Du erhältst auch jeweils eine Einladung zu den Koordinations-Sitzungen (Vorstandssitzungen), die bei BastA! grundsätzlich für alle Mitglieder offen sind.

Deinen Mitgliederbeitrag legst du selber fest, Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag beträgt Fr. 10.- pro Monat respektive Fr. 120.- pro Jahr.

<http://basta-bs.ch/mitglied>

**IMPRESSUM**

Nr 02/2019

**Redaktion:** Franziska Stier, Martin Flückiger, Mariann Gloor, Till Kleisli

**Layout & Bildredaktion:** Till Kleisli, Franziska Stier

**Auflage:** 1400

**Herausgeber:** Förderverein BastA!, Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel

**E-Mail:** sekretariat@basta-bs.ch

**Telefon:** 061 / 691 16 31

**Konto:** PC 40-31244-5



*#Enough18 Demo für Lohngleichheit am 22. September 2018. Foto: Franziska Stier*

Doch das Befreiungsversprechen an die Frauen\*, das Patriarchat in der Erwerbsarbeit los zu werden, bleibt unerfüllt. An die Stelle des männlichen Familienernährers und Patriarchen treten Chefs und ein angeschlagener, sanktionierender Sozialstaat. In den 90ern begann die grosse sozialstaatliche Abbauwelle in Europa, die im Wesentlichen von den Sozialdemokratischen Parteien umgesetzt wurde und in der rigiden Austeritätspolitik nach der Finanzkrise 2007 mündete. Nachdem aus der Finanzkrise, schliesslich eine Wirtschafts- und anschliessend eine Staatsschuldenkrise wurde, verhängte die europäische Troika drastische Sparmassnahmen – vor allem in Griechenland. Aber auch andere Länder – allen voran Deutschland – sahen sich gezwungen, die Staatsausgaben zu senken und den Arbeitnehmer\*innenschutz weiter zu lockern. In der Folge der Rettung der Banken- und Exportindustrie standen Abbaumassnahmen an: in Verwaltungen, Bildung, Betreuung und Gesundheit – Bereiche, in denen vorwiegend Frauen\* arbeiten. Doch gerade diese Arbeiten müssen erledigt werden. Die Sorge um das Leben selbst kann nicht unerledigt bleiben. Findet sie nicht bezahlt statt, wird sie unbezahlt getan – vorwiegend von Frauen\*. Diese Entwicklung wird international von einem konservativen Backlash begleitet: Frauen\* sollen zurück an den Herd und zu den Kindern gedrängt werden. Damit verbunden ist auch der staatliche Zugriff auf weibliche Körper. Das zeigt sich beispielsweise in der Verschärfung der Debatte um Schwangerschaftsabbrüche. Unter der deutschen SPD-CDU-Regierung wurde der Paragraph 219a, der die informationelle Selbstbestimmung der

Frauen bezüglich Schwangerschaftsabbruch regelt, verschärft. Auch Polen verschärfte die Regelungen und wurde damit zum Vorbild für konservative Kräfte in Kroatien, Spanien und Italien. Auf diese Weise gehen neoliberale Wirtschaftspolitik, konservative Familienpolitik und schliesslich restriktive staatliche Zugriffe auf Frauen\*körper zusammen.

„Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken [...]“, schrieb Karl Marx im Achtzehnten Brumaire des Louis Bonaparte. Die Entscheidung aus freien Stücken fehlt im freien Markt genauso wie im starken Staat. Unter diesen Umständen sind Frauen\* weder in der Erwerbsarbeit zuhause, noch dort, wo sie unbezahlt arbeiten.

Dabei ist die Sorge um andere Menschen an sich nichts Schlechtes. Sie ist sogar notwendig für unser Menschsein und Teil unserer Sehnsüchte und Bedürfnisse. Nur sollte sie eben nicht auf einen bestimmten Teil der Gesellschaft abgeschoben werden, sondern zum Mass produktiven Tätigseins aller werden.

Marxistische Feminist\*innen formulierten schon vor Jahrzehnten, dass der Arbeitsbegriff nicht nur Lohnarbeit fassen darf. Es sind noch immer vorwiegend Frauen\*, die gratis Kinder erziehen, Kranke und Alte betreuen, das Essen zubereiten und zwischenmenschliche Beziehungen pflegen. Diese gesellschaftlich notwendige Arbeit – die Arbeit für das Leben selbst – muss ins Zentrum der Gesellschaft rücken.

**Wenn wir streiken, steht die Welt still!**

Genau das passiert in der Auseinander-



#Enough18 Demo für Lohngleichheit am 22. September 2018. Foto: Franziska Stier

setzung mit dem Frauen\*streik. Wir wollen die Welt in ein Zuhause für alle umbauen – uns eingeschlossen. Dazu braucht es andere Formen des gemeinsam Arbeitens und des gemeinsamen Lebens. An diesen Visionen und an gemeinsamer Praxis arbeiten Frauen\* nun weltweit. Sie tun dies in den vielen internationalen Streikbewegungen, in den Kämpfen um Selbstbestimmung oder gar in Jinwar, einem Frauendorf in Rojava. Dieses Dorf wurde von Frauen geplant und aufgebaut, um solidarisch miteinander zu leben und zu wirtschaften. Es sind diese Sehnsüchte, die viele Frauen\* weltweit miteinander teilen – auch wenn die Wege dorthin verschieden und die materiellen Bedingungen jeweils andere sind. Es geht um ein würdiges Leben, um Anerkennung und einen sorgfältigen Umgang mit der Umwelt und den natürlichen Ressourcen. Insofern gehen feministischer Streik und Klimastreik Hand in Hand. Das zeigt besonders der Blick in den globalen Süden.

Der feministische Streik richtet sich aber auch gegen den konkreten alltäglichen Schmerz, den jede Frau\* verspürt – sei dies im Wissen um die Lohnungleichheit, das Wissen um schlechtere Aufstiegschancen oder das Gefühl, all den (fremden und eigenen) Ansprüchen an Mutterschaft und Erfolg im Beruf, an Schönheit oder Eloquenz nicht genügen zu können. Allein der nächtliche Heimweg kann zum Spiessrutenlauf werden. Nur wenige schlendern nachts durch eine Gruppe ange-trunkener Männer oder steigen in ein Tram ein, das gerade von selbigen besetzt wird. Diese Erfahrungen machen viele Frauen\*.

So verwundert es nicht, dass sich auch kantonale Regierungen mit dem Frauen\*streik solidarisieren. Die Stadt Genf stellt Frauen und genderqueere Menschen für den 14. Juni frei. Im Gegensatz zu Basel wird auch der Service Public an diesem Tag nicht gesichert sein. Die rot-grüne Regierung in Basel zeigt sich deutlich verhaltener und

liefert zur Solidaritätsbotschaft die Anleitung zum Urlaubnehmen gleich mit. Ihre Botschaft lautet: Wenn ihr streiken wollt, geht, aber schaut, dass eure Arbeit erledigt ist. – «Wasch mich, aber mach mich nicht nass.»

Natürlich ist es gut, wenn sich auch Regierungen mit den Forderungen des Streiks solidarisieren. Schliesslich haben auch sie allen Grund dazu: Sie alle haben Ehefrauen\*, Mütter\*, Töchter\*,Schwestern\* oder sind selbst Frauen\*. Ihre Solidarität sollte aber nicht Voraussetzung sein für eine Bewegung, die auch Herrschaftsverhältnisse infrage stellt. Die Legitimität des Streiks kommt von unten, von dort, wo das Unrecht spürbar ist. Streik ist eben immer auch ein Stück kollektiver Ungehorsam.



Franziska Stier, Parteisekretärin BastA! und Aktivistin im Feministischen Streik Basel

## #ICHSTREIKE



**«Ich streike, weil ich als Frau meine Anliegen sehr laut - auch für taube Ohren - zum Ausdruck bringen will. Ich will endlich gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit!»**

***Fahriye Usta, Aktivistin Feministischer Streik Basel***

# Klimagerechtigkeit braucht einen radikalen Wandel

Die Aussage der Wissenschaft zur Klimakrise ist eindeutig: Uns erwartet die globale Katastrophe. Selbst dann, wenn entgegen allen Erwartungen die bescheidenen Ziele des Pariser Abkommens eingehalten würden. Politik und Wirtschaft versagen komplett beim dringendsten globalen Problem unserer Zeit.

## Lösungen, die keine sind

Freiwillige Vorgaben an die Wirtschaft, technologische Lösungen, Emissionshandel, CO<sub>2</sub>-Bepreisung, Energieeffizienz. Die Klimapolitik des Globalen Nordens basiert auf marktkonformen Mustern. Diese werden auch bei einer energiepolitischen Wende im Sinne eines „Green New Deal“ nicht in Frage gestellt. Die „Gletscher-Initiative“ folgt dem gleichen Muster. Würde die bisher weitreichendste Klimaschutzvorlage angenommen, blieben die Hauptverantwortlichen der Klimakatastrophe verschont, die Maxime des Markts unangetastet. Symptomatisch klammert die Initiative den Schweizer Finanzplatz aus klimapolitischen Massnahmen aus; ausgerechnet die grössten Verursacher von Treibhausgasen der Schweiz. Die Klimapolitik folgt einer absurden Logik: Dem kapitalistischen Markt wird die Lösung der grössten Krise anvertraut, die der kapitalistische Markt je hervor gebracht hat.

## System change, not climate change

51 Prozent der klimaschädlichen Emissionen gehen auf das Konto von gerade einmal 25 Konzernen, darunter Öl- und Gasriesen wie ExxonMobile, BP, Chevron, Total oder Gazprom. Schweizer Banken wie UBS und Credit Suisse investieren Milliarden in solche Firmen. Öl- und Finanzlobbyisten stehen im Parlamenten und in den Regierungen alle Türen offen. Im Klimadiskurs wird ausgeblendet, dass Klimaschutz in einem unauflösbaren Widerspruch zu den Profitinteressen des Kapitals steht. Sinnvolle Klimapolitik muss dafür sorgen, dass alle fossilen Brennstoffe im Boden bleiben.



Climate Games 2018 Foto: Franziska Stier

Praktisch zu Ende gedacht bedeutet dies das Ende der mächtigsten Wirtschaftssektoren unserer Zeit. Anders formuliert: Das Ende des Kapitalismus.

## Eine Frage sozialer Gerechtigkeit

Unsere Klimadebatte ignoriert auch die sozialen Fragen. Menschen im Globalen Süden, People of Color, Indigene, wirtschaftlich und sozial Benachteiligte sowie zukünftige Generationen sind unverhältnismässig stark von der Klimakrise betroffen. Diejenigen also, die am geringsten zur Klimaerwärmung beitragen und bei nationalen wie globalen Planungsprozessen systematisch diskriminiert werden. Dabei hängen ökologische Fragen stets von gesellschaftlichen Machtfragen ab. Diese Zusammenhänge eröffnen eine revolutionäre Perspektive, weit über jene Ansätze hinaus, die die Lösung der Klimakrise in regulatorischen Anpassungen innerhalb des kapitalistischen Systems verorten.

## Kollektiv und selbstbestimmt

Die Klimakrise – konkret: Die Zerstörung der Lebensgrundlagen von Hunderten Millionen Menschen - ist die Folge eines katastrophalen systemimmanenten Fehlers. Nebst marktconformer Lösungen betreibt unsere Klimadebatte mit unablässigen

Appellen an das persönliche Konsumverhalten eine Individualisierung der Katastrophe. Eine geschickte Taktik, um von der Systemfrage abzulenken. Gerade deshalb ist kollektives und selbstbestimmtes Handeln wichtig und ziviler Ungehorsam als radikale Form politischer Beteiligung legitim. Es gilt, gemeinsam die Klimakatastrophe zu stoppen und die Verantwortlichen zum Ausgleich der immensen Schäden zu zwingen. Auch in ökologischen Fragen brauchen wir eine gemeinsame Perspektive auf eine herrschaftsfreie, radikal demokratische Gesellschaft ohne Kapitalismus, Rassismus, Patriarchat und anderen Formen von Unterdrückung und Ausbeutung. Deshalb: Gemeinsam die Schule bestreiken und Klimastreikende unterstützen. Vom 15. - 28. April 2019 an den Aktionstagen von Extinction Rebellion teilnehmen. Vom 02. bis 11. Juli 2019 ins Klimakamp des Collective Climate Justice (vormals Climate Games) nach Basel kommen und während der Grossaktion am 08. & 09. Juli 2019 gemeinsam den Finanzplatz blockieren. Es gibt viele Gelegenheiten sich der Zerstörung unserer Welt entgegen zu stellen!



Roberto Lopez (Collective Climate Justice)

Mehr Infos unter [www.climatejustice.ch](http://www.climatejustice.ch)  
Kontakt: [info@climategames.ch](mailto:info@climategames.ch)



# JA zum Neubau Naturhistorisches Museum und Staatsarchiv

Im Januar hat der Grosse Rat mit einer deutlichen Mehrheit «Ja» zum Neubauprojekt des Naturhistorischen Museums und des Staatsarchivs gesagt, aber da zwei bürgerliche Parteien das Referendum ergriffen haben, kommt es nun zu einer Volksabstimmung.

Ein Neubau ist aber für beide Institutionen eine Notwendigkeit. Beide Institutionen haben grosse Platzprobleme und sind auf den Neubau angewiesen, sowohl im Naturhistorischen Museum (NHM) als auch im Staatsarchiv braucht man dringend mehr Raum. Sie bewahren und sammeln Kulturgüter von grossem Wert und machen sie der Wissenschaft und der Forschung zugänglich. Allein das NHM beherbergt fast 8 Mio. Objekte, nach neuen Schätzungen sogar deutlich mehr. In beiden Institutionen haben nicht nur die Objekte nicht mehr genügend Platz und sind über mehrere Standorte verteilt, auch die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeitenden sind prekär. Arbeitsplätze sind in abgelegenen Kammern und Räumlichkeiten, die kaum oder schlecht begehbar sind, mangelnde Belüftung und schlechte Lichtverhältnisse haben.

Würde man den Berri Bau sanieren, was dringend nötig wäre, da in einige Räume Wasser eindringt, in anderen Schimmelpilz auftritt und auch die restliche Bausubstanz in den letzten Jahren gelitten hat, könnten damit die Probleme des NHM nicht gelöst werden, da nach einer umfassenden Sanierung weniger Platz zur Verfügung stünde als bisher. Ausserdem müsste das Museum während der Dauer der Renovation während vier bis fünf Jahren geschlossen bleiben. Das NHM ist das Museum mit den höchsten Besuchszahlen von Klassen. Bei einer Schliessung hiesse das, fast eine ganze Generation von Primarschulkindern könnte



Höhlenbär; Naturhistorisches Museum Basel, Foto: © EM2N

dieses Museum nicht mehr besuchen. Zudem müssten auch noch Räumlichkeiten mit entsprechenden Voraussetzungen zur Aufbewahrung der Sammlung während der Sanierung gefunden werden. Ein Ding der Unmöglichkeit.

Mit dem Neubau im St. Johann finden sowohl das NHM wie auch das Staatsarchiv genügend Raum für die Aufbewahrung ihrer Sammlungen und ihrer Archive und können Schulungs- und Aufenthaltsräume gemeinsam nutzen. Die Erhöhung der Betriebskosten ist in Anbetracht der grösseren Flächen, der besseren Infrastruktur und der besseren Nutzung gerechtfertigt. Mit einem Neubau sind endlich auch Museum und Archiv für behindert Menschen zugänglich.

An der Mitgliederversammlung von Basta! hat ein Mitglied das NHM als das «proletarischste» aller Basler Museen be-

zeichnet, da hier alle Schichten zu Besuch kommen, Familien, Migrantinnen und Migranten und Schulen. Deshalb passt es auch, dass das Museum ins St. Johann kommt. An einen verkehrstechnisch gut erschlossenen Ort, wo Menschen unterschiedlichster Herkunft leben.

Und auch der Höhlenbär wird am neuen Ort seinen prominenten Platz haben.



Beatrice Messerli, Grossrätin

## #ICHSTREIKE



«Im Alltag stehen wir mit unseren Problemen oft allein. Ich streike, am 14. Juni ein Tag entsteht, an dem unsere Gemeinschaft zu Stärke wird!»

*Sina Deiss, Aktivistin Feministischer Streik Basel*

## FRAUEN\*STREIK 2019

# Demokratie-Update: Stimm- und Wahlrecht für 16-Jährige



Unsere Grossrätin Jo Vergeat reichte am 25 März im Basler Grossrat eine Motion betreffend das aktive Stimm- und Wahlrecht für 16-Jährige ein. Wir finden, junge Menschen müssen endlich über ihre Zukunft mitbestimmen und Verantwortung mittragen können.

Entgegen der viel verbreiteten Annahme, dass sich die heutige Jugend nicht für Politik interessiert, haben die Ereignisse der letzten Monate deutlich gezeigt, wie gross das politische Interesse und der Wille zur Partizipation bei den Jugendlichen ist. Die Jugendlichen der Klimastreik-Bewegung setzen sich für ihre Zukunft und die der nachfolgenden Generationen ein und möchten dafür ernstgenommen werden, mitbestimmen und Verantwortung mittragen dürfen. Das Interesse am politischen Geschehen, ihre Informiertheit und das Engagement dieser Jugendlichen zeigen deutlich, dass sie bereit sind und sich aktiv an einer gelebten Demokratie beteiligen möchten.

Gerade in Zeiten, in denen die Abstimmungs- und Wahlbeteiligung stetig zurückgeht und durch den demographischen Wandel überproportional viele ältere Wähler\*innen an die Urne gehen, müssen die von politischen Entscheidungen am meisten betroffenen Jugendlichen mitbestimmen und ihre Zukunft mitgestalten können. Das stärkt unser basisdemokratisches System. In Österreich und in Teilen Deutschlands besteht das Stimm- und Wahlrecht ab 16 Jahren schon seit 10 Jahren

und trägt zu einer positiven Wahlbeteiligung bei. Auch der Kanton Glarus hat das Stimm- und Wahlrecht ab 16 eingeführt und konnte seine Landsgemeinde verjüngen.

Eine Senkung des Stimm- und Wahlrechtsalters ist nicht nur aus Prinzip richtig, sondern bringt auch zahlreiche Vorteile mit sich. So zeigen Studien, dass Jugendliche Erstwähler\*innen, die im geschützten Umfeld (Schule und Elternhaus) in den politischen Prozess eingeführt werden, langfristig wählen und abstimmen gehen. Hinzu kommt, dass die Wahlbeteiligung bei 16-17 jährigen Erstwähler\*innen gemäss ersten Erkenntnissen grösser ist als bei 18-20 jährigen Erstwähler\*innen und ganz generell sowieso nur leicht tiefer als bei den übrigen, höheren Altersgruppen.

Die Motion von Jo Vergeat, welche auch von Politiker\*innen aus SP, LDP und FDP unterstützt wird, fordert deshalb den Regierungsrat dazu auf, dem Grossen Rat Basel-Stadt eine Vorlage vorzulegen, welche das aktive Stimm- und Wahlrecht in kantonalen und kommunale Angelegenheiten ab 16 Jahren vorsieht.



Paula Carle, Co-Präsidentin junges grünes bündnis nordwest

## Parolen vom 19. Mai

### national:

NEIN zur STAF

JA zur Übernahme der EU-Waffenrichtlinie

### kantonal:

JA zur Initiative «Topverdienersteuer: Für gerechte Einkommenssteuern in Basel»

NEIN zur Initiative «Mittelstand entlasten – Krankenkassenprämien von den Steuern abziehen! (Krankenkassen-Initiative)»

NEIN zum Ozeanium



JA zum Neubau Naturhistorisches Museum Basel und Staatsarchiv Basel-Stadt und die entsprechenden baurechtlichen Anpassungen

NEIN zur Teilrevision des Gesetzes über die direkten Steuern vom 12. April 2000 (Steuergesetz, StG) - Kirchensteuer



## FRAUEN\*STREIK 2019

#ICHSTREIKE



«Ich streike, weil ich es satt habe, dass Frauen\*anliegen immer dreimal so lange brauchen, bis sie Gehör finden.»

Christina Klausener

# Steuerdumping zum Dritten (ein leicht polemischer Beitrag)

Schon wieder kommt eine Steuerdumpingvorlage zur Abstimmung. Wobei: Es ist dieselbe, über die wir schon zweimal abgestimmt haben. Vor zwei Jahren wurde sie unter dem Titel USR III mit 59% abgelehnt.

Im letzten Februar wurde sie in Basel als kantonale Vorlage unter dem Titel SV17 – trotz unserem beherzten Engagement dagegen – wuchtig angenommen. Und nun kommt sie im Mai wieder als schweizweite Abstimmung unter dem Titel STAF an die Urne. Wir haben uns inhaltlich immer wieder intensiv damit beschäftigt, stundenlang diskutiert und Artikel, Meinungen und Medienmitteilungen geschrieben. Aber wie kommt es überhaupt dazu, dass die grosse Mehrheit der Parteien die Steuerdumpingvorlage durchdrücken will?

## Was will die Rechte?

Die Motivation neoliberaler Staatsabbauer\*innen ist relativ einfach. In ihrer Logik wird Reichtum, der auf der Ausbeutung anderer Menschen – idealerweise von Menschen weit weg vom eigenen Umfeld – basiert, als Eigenverdienst verklärt. Der Abbau von staatlichen Leistung wird damit begründet, jeder Mensch solle sich eigenverantwortlich nur im sich selber kümmern. Es überrascht also nicht, dass diese Kreise Steuergeschenke für diejenigen befürworten, die schon viel haben und immer noch mehr wollen. Der globale Wettbewerb der Standorte – so nennt man unsere Quartiere, unser Zuhause – ist die beste Bedingung, dass Konzerne und Grossaktionär\*innen mit der Forderung nach möglichst tiefen Steuern oder laxem Arbeiter\*innenschutz Städte und Länder weltweit gegeneinander ausspielen können. Das schadet zwar der Bildung, den Infrastrukturen und der politischen Stabilität – alles Dinge, von denen auch die Konzerne profitieren. Aber was kümmert sie schon die Welt von morgen?



## Warum macht die «Linke» mit?

Martin Flückiger hat im letzten Bulletin treffend berichtet, was der Geist des Kapitalismus in unseren Köpfen anstellt, wenn wir nicht aufpassen. Plötzlich setzt man auf einen Kuhhandel, der an den Problemen einer Vorlage nichts Wesentliches ändert, aber ein paar nette Zückerchen draufklebt, so dass man nur noch Augen für diese hat. Man schmiedet im Sitzungszimmer des Finanzdepartements einen Deal, statt sich in einer offenen Diskussion der Bevölkerung zu stellen und über den Kern der Sache zu sprechen. Man schaut wegen kurzfristigen Gewinnen über den langfristigen Schaden hinweg. Umverteilung von unten nach oben wird in Kauf genommen, wenn nur der Kuchen etwas grösser wird, so dass die unten auch noch ein

paar Krümelchen bekommen. Der eigene Nutzen wird über die Solidarität mit benachteiligten Regionen der Welt gestellt. Und man schaut locker drüber weg, dass die Gewinne vor allem bei Männern und die Kosten bei den Frauen anfallen.\* Man redet lieber salbungsvoll von Gleichstellung, anstatt auch danach zu handeln.

Gut, zum Glück passiert das alles nicht von alleine. Man kann auch etwas anderes machen. Man kann zum Beispiel den eigenen Grundwerten auch treu bleiben und politische Entscheidungen stets an ihnen messen. Wir tun's (oder versuchen es wenigstens tagtäglich)!

\* Die Steuergeschenke fliessen zu den Aktionär\*innen und Manager\*innen der Konzerne, also hauptsächlich Männer. Der Staatsabbau geht primär auf Kosten von Bildung, Gesundheit und Sozialem, wo mehrheitlich Frauen arbeiten. Und bei fehlenden staatlichen Leistungen im Care-Bereich springen auch mehrheitlich Frauen in die Lücke.



Tonja Zürcher, Grossrätin & Co-Präsidentin BASTA!



# Krankenkassen-Initiative der CVP - Ein Nein mit einem bitterbösen Nachgeschmack

Die BastA!-Mitglieder haben einen klaren Entscheid gefällt und die Nein-Parole zur CVP-Initiative mit dem Namen „Mittelstand entlasten – Krankenkassenprämien von den Steuern abziehen!“ beschlossen. Die Diskussion um diese Initiative zeigte jedoch, dass die Sache nicht ganz so einfach ist, wie man gemäss dem Endresultat meinen könnte.

Doch beginnen wir von vorne: Die Initiative basiert auf einer Motion, die der heutige Gesundheitsdirektor Lukas Engelberger im Jahr 2013 erfolglos im Grossen Rat lanciert hatte. Sie möchte in der Verfassung festschreiben, dass selbstbezahlte Prämien für die obligatorische Krankenpflegeversicherung vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden können. Eine Begrenzung der Abzugsfähigkeit kann laut Initiativtext vorgesehen werden, wobei mindestens die günstigste im Kanton angebotene Prämie abzugsfähig sein muss.

## Sorgenfall Krankenkassenprämien

Die Krankenkassenprämien sind mittlerweile für viele Menschen eine Belastung. Insbesondere Familien und Einzelpersonen, deren Einkommen nur wenig über der Schwelle für die Prämienverbilligung liegt, bekunden zunehmend Mühe, weil sie einen immer grösseren Teil ihres Einkommens für die Krankenkassenprämien aufbringen müssen. Und der Kreis der Personen, die ihre Prämien kaum mehr zahlen können, wächst stetig. Kein Wunder, die Krankenkassenprämien sind Kopfprämien, werden also unabhängig vom Einkommen berechnet und belasten deshalb wirtschaftlich Schwache viel stärker als Topverdiener. Zudem sind die Krankenkassenprämien in den letzten Jahren viel stärker gestiegen, als die Löhne.

## Verführerisch, aber keine Lösung des Problems

Vor diesem Hintergrund ist die Idee, dass die selbstbezahlten Krankenkassenprämien vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden können, durchaus verführerisch und könnte vielen Betroffenen tatsächlich eine gewisse Entlastung bringen. Aber sie verfolgt den falschen Ansatz, berücksichtigt einen viel zu breiten Personenkreis und hat fatale Folgen auf die Finanzen des Kantons. Diese Initiative ist nämlich eine reine Steuer-senkungsinitiative und keine Lösung für das Problem der hohen Krankenkassenprämien.

Die Initianten argumentieren mit der Gleich-



behandlung der verschiedenen Sozialversicherungsprämien. „Was bei der AHV- und Pensionskasse sowie anderen obligatorischen Sozialversicherungsabgaben längst selbstverständlich ist, soll nun endlich auch für die obligatorische Krankenversicherung gelten!“ heisst es voll-mündig auf deren Webseite. Dabei blenden sie jedoch völlig aus, dass all die er-wähnten Abgaben einkommensabhängig erhoben werden.

Anstatt den Hebel am richtigen Ort anzusetzen und einkommensabhängige Krankenkassenprämien zu fordern, wird ein Modell portiert, mit dem sogar Topverdiener ihre Krankenkassenprämien vom steuerbaren Einkommen abziehen können. Die Versicherten mit Prämienverbilligungen bekommen jedoch kaum oder gar keine Steuerentlastung.

Es gibt verschiedene Schätzungen wie hoch die Steuerausfälle werden, wenn die-se Initiative angenommen würde. Sicher ist, dass mit einem dreistelligen Millionenbetrag zu rechnen ist. Sicher ist auch, dass dieser Fehlbetrag den Finanzhaushalt des Kantons Basel-Stadt in Schieflage bringen und Abbaumassnahmen nach sich ziehen wird. Nach der im Rahmen der SV17 beschlossenen Senkung der Unternehmens-gewinnsteuern sind weitere Steuerausfälle schlicht katastrophal.

## Der bitterböse Nachgeschmack

Und damit komme ich zum bitterbösen Nachgeschmack, den die Abstimmungskampagne gegen diese Initiative hinterlässt: Mit dem Slogan „die Quittung erhält der Mittelstand“ wird diese Initiative bekämpft und es werden die drohenden Sparmassnahmen und der zu befürchtende Abbau am Service Public aufgezeigt.

Noch vor wenigen Wochen haben die Basler Sozialdemokraten und Grünen mit der SV17 Steuergeschenke an gewinnstarke Konzerne durchgewinkt. Geschätzter Steuerausfall: 150 Millionen! Gleichzeitig mit der Krankenkassenprämien-Initiative kommt auf nationaler Ebene die STAF-Vorlage (Steuerreform und AHV-Finanzierung) zur Abstimmung. Sowohl die SP als auch die Basler Grünen setzen sich aktiv für diese verheerende und zutiefst ungerechte Vorlage ein. Geschätzte Steuerausfälle bei Bund und Kantonen: 2,1 Milliarden!

Beide Vorlagen bevorteilen multinationale und gewinnstarke Unternehmen, höhlen den Service Public aus und schaden damit direkt der Bevölkerung – insbesondere den Menschen, die über wenig Mittel verfügen.

## Voller Einsatz gegen das kleinere Übel

Das Engagement von sozialdemokratischer und grüner Seite gegen diese Initiative ist – freundlich gesagt – widersprüchlich und irritierend. Die Krankenkassenprämien-Initiative verfolgt zwar einen falschen Lösungsansatz und verteilt Steuergeschenke nach dem Giesskannenprinzip, sie verspricht aber immerhin auch für Menschen, die es tatsächlich nötig haben, eine Erleichterung. Im Direktvergleich mit der SV17 und STAF ist die CVP-Initiative klar das kleinere Übel.



Heidi Mück, Co-Präsidentin BastA!

# 40 Jahre Kollektiv Hirscheneck - eine Lobhudelei

1728, als Salome – die Tochter des Ratsherrn Remigius Fäsch – Eignerin der Liegenschaft am Lindenberg 23 wurde, mag sie sich gewundert haben ob der hohen Kosten, die eine solche Liegenschaft mit sich bringt. Vergleich sie doch ihren Kaufpreis mit den 5 Schillingen, die die Witwe Walpurga von Bärenfels im Jahre 1310 von Belina von Huwenloch als Leihe verlangt hatte.

Knapp 700 Jahre später legten genossenschaftlich organisierte Idealist\*innen ihre 5 Schillinge zusammen und kauften den Lindenberg 23. Und so wurde am 1. Dezember 1978 die Dachgenossenschaft Hirscheneck ins Leben gerufen (die Gründung der Beizen-Genossenschaft erfolgte fünf Monate später).

**Die damaligen Gründer\*innen formulierten es so:**

Wir möchten Örtlichkeiten für echte zwischenmenschliche Kommunikation einrichten. Selbstentfaltung und Kreativität durch Information, kulturelle und andere Tätigkeiten fördern. Ein Angebot an Dienstleistungen für sozial Benachteiligte schaffen. Arbeitsplätze errichten, die durch Mitbestimmung und Selbstverwaltung die persönliche Entfaltung ermöglichen. Selbstverwaltete Betriebe mit ähnlichen Zielen unterstützen, sowie den Kontakt fördern zwischen Organisationen mit gleichen Zielen.

So steht es geschrieben, und zwar in der Broschüre: «25 Jahre Hirscheneck». Zu diesem Zeitpunkt, war auch der Schreibende Teil des Beizen-Kollektivs und hat daher die Ehre, diese kleine Lobhudelei zu verfassen. Mittlerweile sind es bereits 40 Jahre...

Am Lindenberg 23 begegnen uns 40 Jahre Selbstverwaltung in Form der Dachgenossenschaft – der Besitzerin der Liegen-



schaft – und natürlich der Beizen-Genossenschaft, die als Mieterin auch Teil der Dachgenossenschaft ist und die massgeblich das Bild des Hirschenecks prägt. 40 Jahre Selbstverwaltung heisst, dass seit 40 Jahren der Betrieb gemeinsam geführt wird. (Und für alle, die es noch nicht wissen sollten, also alle Vertreter\*innen von Gastro-Maschinen, Verkäufer\*innen von Klopapier und sonstigem Büromaterial, Lieferant\*innen aller Art, Gesetzeshüter\*innen auch aller Art und alle Gäste: Im Hirscheneck gibt es keine Chefin und keinen Chef! Wer anderes behauptet, lügt!)

Und was wünscht man dem «Hirschi» jetzt zum 40. Geburtstag? Glück? Alles Gute? Gesundheit? Zuversicht? Gelassenheit? Fröhlichkeit? Stärke? Ruhe? Mut? Oder gar Sonnenschein? Ich weiss nicht...

Ich versuch's mal mit einer Liebeserklärung:

*Alte Liebe rostet nicht,  
so wie altes Eisen.  
Sie verliert nie an Gewicht,  
das lässt sich beweisen.*

*Alte Liebe rostet nicht,  
sie kennt kein Vergessen.  
Und sie macht sich nicht zur Pflicht,  
das Wiegen und das Messen.*

*Alte Liebe rostet nicht,  
sie gibt vertrautem Spiegel,  
neue Klarheit, neue Sicht,  
der Treue Brief und Siegel.*

*Alte Liebe rostet nicht,  
das steht ausser Frage.  
Sie dauert, weil sie niemals bricht,  
ewig und drei Tage.*

In diesem Sinne: Alles Gute zum Geburtstag, liebes Hirschi!

Patrick Bolzern

## #ICHSTREIKE



**«Soziales Engagement ist der Kitt, der unsere Welt zusammenhält. Doch wer sich unbezahlt nützlich macht - für andere - geht spätestens im Alter leer aus. Ich streike, weil ich auch für meine freiwillige Arbeit geachtet und entlohnt werden will!»**

**Monica Nobel**

**FRAUEN\*STREIK 2019**

# Gemeinsam gegen krasse Zeiten

Jetzt spenden!



Liebe Leserin, lieber Leser

Wir leben in einer Zeit des Umbruchs. Die Widersprüche, die dem kapitalistischen System innewohnen, treten immer offensichtlicher zutage. Sie zeigen sich etwa in der Unfähigkeit der „Grossen“ dieser Welt, eine adäquate Antwort auf den Klimawandel zu finden, oder in den zynischen Bemühungen, die weltweite Flüchtlingskrise mittels Abschottung und Abschreckung zu „bewältigen“. Der Siegeszug des Neoliberalismus hat auch in den reichen Staaten Europas zu Sozialabbau und einer Polarisierung der Gesellschaft in Arm und Reich geführt. Immer mehr Menschen haben das Vertrauen in die formaldemokratischen Strukturen verloren und lassen sich von autoritären, nationalistischen, rassistischen und sexistischen „Volkstribunen“ gängeln.

Eine junge schwedische Frau hat sich entschlossen, diesem düsteren Zukunftsszenario etwas entgegen zu setzen. Sie

streikt jeden Freitag für Klimagerechtigkeit, und hat damit eine weltweite Bewegung ausgelöst, wie wir sie schon lange nicht mehr gesehen haben. Greta Thunberg – so heisst die junge Frau – spricht Klartext, etwa am WEF in Davos im Januar dieses Jahres: „Einige Leute meinen, die Klimakrise sei etwas, was wir alle verschuldet haben. Doch das ist nicht wahr. Wenn alle schuldig sind, dann kann niemand zur Verantwortung gezogen werden. Einige Personen, einige Firmen, einige Entscheidungsträger\*innen haben genau gewusst, welche unbezahlbaren Schätze sie geopfert haben, um unvorstellbare Geldbeträge zu scheffeln. Und ich glaube, dass viele unter Ihnen zu dieser Gruppe von Verantwortlichen gehören.“

Auch im eidgenössischen Parlament gehören viele zu dieser Gruppe von Verantwortlichen. Umso wichtiger ist es, dass in Bern die Stimme der Widerständigen vertreten ist, die Klartext reden, die den

Forderungen „kleiner Leute“ Nachdruck verleihen, die es mit der Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern ernst meinen.

Um das zu erreichen, braucht es Ihre tatkräftige Mithilfe. Im kommenden Herbst stehen Nationalratswahlen an. Wählen Sie Kandidierende aus dem rot-grünen Parteienspektrum! Stärken Sie die Präsenz engagierter Frauen im eidgenössischen Parlament! Und nicht zuletzt: Unterstützen Sie uns mit einer Spende. Wir danken es Ihnen mit einer Politik, die sich nicht von sogenannten „Sachzwängen“ leiten lässt, sondern unbeirrt an der Utopie einer freien, gerechten, solidarischen Gesellschaft festhält.

Liebe Grüsse  
Sibel

## #KINSTREIKE



**«Ich streike, weil Frauen\*rechte und Gleichstellung kein Nice-to-have sind, die immer hinten anstehen müssen, wenn etwas anderes "wichtiger" ist.»**

***Tonja Zürcher, Co-Präsidentin BastA!***

FRAUEN\*STREIK 2019

# Ich will mit anderen Frauen die heutigen Verhältnisse «zum Tanzen bringen»

Es war im gleichen Jahr, als ich in die Schweiz kam und der erste landesweite Frauenstreik stattfand. Seither hat sich vieles verändert. Auch in meinem Leben. Was aber nicht gerade wunschgemäss weitergeht, sind die Lebensumstände der Frauen. Die Ungleichbehandlung, ja die Diskriminierung der Frauen\* in der Arbeitswelt, in der Familie, in der gesamten Gesellschaft dauert an.

Und weil das Tempo in Sachen Gleichstellung nicht vorwärts geht, findet am 14. Juni 2019 der zweite Frauen\*streik statt. Nach 28 Jahren werden Frauen\* wieder rocken. Wir werden tanzen und die Verhältnisse zum Tanzen bringen, denn Tanzen heisst, etwas in Bewegung bringen. Tanzen bedeutet Gemeinschaft und Ausdruck zugleich. Frauen werden einmal mehr auf die Missstände aufmerksam machen, mit denen sie in einem patriarchal-neoliberalen System konfrontiert sind und werden für ihre Lösungsvorschläge einstehen.

Einige von ihnen, zu denen auch ich gehöre, werden auf die Strasse gehen. Diejenigen Frauen, die das Demonstrieren nicht als Mittel sehen, werden andere Formen des Widerstands suchen. Sie werden Podiumsdiskussionen organisieren, in Zeitschriften publizieren oder an jenem Tag konkrete Forderungen auf ihre Art und Weise stellen.

Egal wie, egal wo und egal was – eines wird die Frauen\* und alle Menschen, die sich an Aktionen beteiligen, vereinen; die Forderung nach einer tatsächlichen Gleichstellung und der Kampf gegen Diskriminierung.

Seit vielen Jahren kämpfen Frauen und genderqueere Menschen für Gleichstellung – an vielen Orten, mal sichtbar, mal unsicht-



#Enough18 - Demo für Lohngleichheit am 22.09.2018 in Bern. Foto: Franziska Stier

bar. Dieses Jahr aber wird ein Höhepunkt gesetzt. Mit vollem Tatendrang kämpfen Frauen\* gemeinsam für die Erreichung ihrer Ziele.

Spätestens seit der französischen Revolution traten Frauen mit ihren Forderungen nach Gleichberechtigung sichtbar in die Geschichte ein. Neben der Arbeiterbewegung organisierten sich auch Frauen\* – oft ausgeschlossen aus den Arbeitskämpfstrukturen der Männer.

Und so, wie die Frauen kämpften, liebten und tanzten sie auch. Schon Ende des 19. Jahrhunderts erklärte die Anarchistin Emma Goldman: «Wenn ich nicht tanzen darf, möchte ich an eurer Revolution nicht beteiligt sein».

Mehr als hundert Jahre später tanzte die #Metoo Debatte durch die digitale Welt. Ein erschütternder Tanz, der wie Rock'n' Roll Frauen\* in allen Ländern erfasste, die nun gemeinsam gegen sexuelle Belästigungen

laut wurden und auch dort gehört wurden, wo man sie bisher nicht hören wollte.

In diesem Jahr gingen am 8. März, dem Tag der Frau, in Spanien 6 Mio. Frauen und genderqueere Menschen auf die Strasse, voller Stolz und Kraft, als würden sie Flamenco tanzen und sich für ihre Rechte einsetzen. Auch Argentinien, das Land des Tangos, brachten Frauen\* das Land zum Beben.

Damit wir in einer Gesellschaft ohne Stereotypen über «die Frau» leben, in welcher wir nicht weiss, heterosexuell, cis, sexy, mütterlich, zart oder weniger kompetent eingestuft werden, werden wir in Zukunft gemeinsam Halay tanzen. Halay ist ein türkisch/kurdischer Tanz, der alle Tanzenden involviert, Jung und Alt, Frauen\* und Männer unabhängig von ihrem sozialen Status, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Hautfarbe, vermeintlicher Kompetenzen oder religiöser Ansichten. Ein Tanz, der Hand in Hand in immer grösser werdenden Kreisen mit einem Schritt rückwärts, aber drei Schritten vorwärts getanzt wird und uns alle verbindet, vergrössert, bereichert und beglückt.

Lasst uns gemeinsam Halay tanzen – in den Chefetagen, den Zeitungsredaktionen, den Parlamenten, in der Kunstszene und auf der Strasse – bis die verkrusteten Verhältnisse mit uns tanzen.



Sibel Arslan, Nationalrätin Basta!



Kurdische und türkische Frauen tanzen Halay, Demo 9. März in Zürich, Foto: Franziska Stier

# Kopf oder Zahl - Luzern der Film



Der Film «Kopf oder Zahl» wurde von der Luzerner Bevölkerung initiiert. Mit dem Alleinstellungsmerkmal «Tiefste Unternehmensgewinnsteuern der Schweiz» heizte der Kanton Luzern den Steuerwettbewerb im Jahre 2011 an. Er versprach, dass diese Konkurrenzfähigkeit der Gesamtbevölkerung zu Gute käme. Stattdessen wurden von 2013 bis jetzt Spar- und Abbaumassnahmen bei den Schulen, der

Sicherheit, der Kultur, sowie im Gesundheits- und Sozialwesen durchgesetzt.

Der Kanton Luzern steht exemplarisch für eine Sparpolitik, die allen Kantonen droht, die mit der Anpassung an die Steuervorlage 17 (STAF) des Bundes ihre Unternehmensgewinnsteuern senken. In der Podiumsdiskussion wird es darum gehen, über die Folgen der STAF-Abstimmung nachzudenken.

**Anschliessend Podiumsdiskussion zur STAF Abstimmung des Bundes mit:**

- Tonja Zürcher, Co-Präsidentin Basta!
- Christoph Brutschin, Regierungsrat SP, Wirtschaftsdepartement
- Reinhard Manz, Filmautor

Moderation: Dieter Kohler, Redaktionsleiter Regionaljournal Basel Baselland

# Trinken mit Linken

**Am 22. Juni wollen wir gemeinsam in den Wahlkampf feiern und laden daher herzlich ab 19:00 Uhr in den Robi Horburg ein.**

Gemeinsam mit dir, deinen Freund\*innen und Verwandten wollen wir einen gemütlichen Abend verbringen.

Bring deine Lieblingsmenschen mit und etwas zum Grillen. Wir sorgen für gute Stimmung, Getränke gegen Kollekte und musikalische Begleitung von Fliewatüt.

